

ZUR SACHE

Vor fünf Jahren hat ein UNO-Gipfel in Johannesburg die so genannten Millenniums-Entwicklungs-Ziele verabschiedet. Sie sollten u. a. zu einer Halbierung der Armut auf der Welt bis zum Jahr 2015 führen. Kommende Woche soll ein weiterer Gipfel Bilanz ziehen und konkrete Schritte zur Umsetzung der Ziele verabschieden.

UN-Gipfel darf nicht scheitern

Die jüngsten Vorverhandlungen zum UNO Millennium + 5 Gipfel verheißen nichts Gutes. Mächtige Länder – allen voran die USA – wollen klare Zusagen und Zeitpläne aus dem Abschlussdokument herausstreichen. Dabei ist die Welt schon jetzt mit der Umsetzung der Millenniums-Ziele arg im Verzug. Kofi Annan warnt vor einem Scheitern.

Der Vorsitzende der Koordinierungsstelle für Mission und Entwicklung, Bischof Ludwig Schwarz, appellierte an die Mächtigen der Welt und die österreichische Regierung, sich für die Umset-



Bischof Ludwig Schwarz: *Arme nicht im Stich lassen.* fjr/A

zung der Millenniums-Ziele einzusetzen. „Für die Ärmsten der Welt“, so Schwarz, „geht es um das Überleben und die Zukunft ihrer Kinder. Wenn jetzt konkrete Zusagen verweigert und bereits gegebene Versprechen (0,7 % für Entwicklungshilfe) nicht eingehalten werden, dann ist das unmenschlich und es widerspricht auch dem Willen vieler Menschen in den reichen Ländern.“

Politik muss das Heft in die Hand nehmen

Josef Riegler über den Marshall-Plan für eine ökosoziale Marktwirtschaft

Am Anfang stand die Idee, weltweite Gerechtigkeit und ökosoziale Marktwirtschaft zu verbinden. Heute sieht Josef Riegler darin die einzige Chance, das Mensch und Umwelt zerstörende Diktat des Neokapitalismus zu stoppen.

Vor zwei Wochen hat der Katholische Laienrat beschlossen, den von Ihnen wesentlich mitgestalteten „Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft“ zu unterstützen. Was bedeutet das für Sie?

Riegler: Als wir dieses Projekt vor zwei Jahren vorgestellt haben, waren wir eine kleine Gruppe von Experten und privaten Organisationen ohne große finanzielle und organisatorische Möglichkeiten. Heute engagieren sich dafür – vor allem in Europa – hunderte Organisationen und Initiativen. In dieser Woche werden Vertreter/innen von Nichtregierungsorganisationen (NGO) aus der ganzen Welt in New York über den ‚Global Marshall Plan‘ diskutieren. Es ist der Auftakt zur UNO-Konferenz über die Millenniums-Ziele.

Eine christliche Antwort

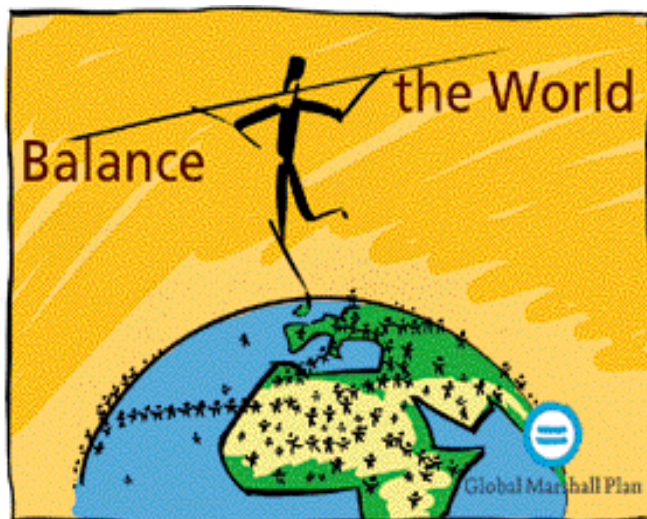
Während ‚die Basis‘ begreift, dass eine neue Politik notwendig ist, sind die politischen und wirtschaftlichen Eliten davon nur mühsam zu überzeugen. Deshalb brauchen wir einen weiter wachsenden Druck von unten. Ich bin daher sehr froh, dass sich die kirchlichen Laienorganisationen in Österreich – und in anderen Ländern Europas – für dieses Projekt immer stärker einsetzen. Ich sehe in diesem Marshall-Plan ja auch so etwas wie die konkrete Antwort der christlichen Sozialethik auf die Frage einer men-

schenwürdigen und umweltgerechten Entwicklung der Welt angesichts der entfesselten globalen Kapital- und Wirtschaftsmärkte.

Was ist denn das Besondere und Neue an diesem Marshall-Plan?

Riegler: Mit dem Namen wollen wir signalisieren, es geht um eine große solidarische Anstrengung nach dem Vorbild der Hilfe

bei gehen wir von der Überlegung aus, dass die Unterstützung der armen Länder durch Geld und Wissen nur ein Baustein für ihre Entwicklung ist. Ein weiterer entscheidender Faktor ist der Aufbau einer zukunftsfähigen, nachhaltigen Wirtschaft. Bleiben die armen Länder weiterhin bloß Lieferanten von billigen Rohstoffen und Arbeitskräften, wird ihre Entwick-



Eine gerechte Balance zwischen Wirtschaft, sozialer Fairness und Umweltschutz fordert der „Global Marshall-Plan“. GMP, Clean Clothes

der USA zum Wiederaufbau Europas nach dem Krieg. Heute stehen wir vor einem viel größeren Problem, dem Aufbau einer Welt, in der Menschen nicht mehr millionenfach an Hunger, schlechtem Trinkwasser oder Medikamentenmangel sterben müssen, in der alle Zugang zu Bildung haben und frei leben können. Dieses Anliegen verfolgen viele, nicht zuletzt eben auch die UNO mit ihren Millenniums-Entwicklungs-Zielen.

Das Besondere an unserem Modell ist, dass wir mit dem Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft auch soziale und ökologische (Mindest-)Standards global durchsetzen und transparent machen wollen. Da-

lung nicht wirklich vorankommen. Vielmehr werden sie dafür benutzt, eine weltweite Verarmungsspirale in Gang zu halten.

Die Spirale nach unten

Können Sie das etwas näher ausführen?

Riegler: Um es ganz deutlich zu sagen: Wir haben heute weltweit kein Wirtschaftssystem, in dem der Mensch, das Gemeinwohl oder die Umwelt im Mittelpunkt stehen. Durch die völlige Freigabe der internationalen Finanzmärkte ist ein global agierender Neokapitalismus entstan-

den, dem es nur noch um die maximalen Gewinnerträge geht. Man produziert dort, wo es die niedrigsten Steuern, Löhne, Sozialleistungen und Umweltstandards gibt. Dadurch entsteht ein Wettbewerb, der den Druck nach unten ständig verschärft – und zwar innerhalb der einzelnen Gesellschaften, als auch zwischen den Ländern und Kontinenten. Nützen tut das nur ein paar wenigen Reichen; die Armen bleiben arm, und dort, wo es ein höheres wirtschaftliches Niveau gibt, nimmt der Druck zu, sich Regionen mit schlechteren sozialen und ökologischen Standards anzupassen. Das kann doch nicht unser Entwicklungsziel sein.

Sie wollen mit Ihrem Marshall-Plan gleich zwei harte Nüsse knacken: die fehlende Solidarität mit den armen Ländern und die dominante Wirtschaftsordnung. Wie soll das gehen?

Riegler: In beiden Bereichen ist es letztlich eine Frage an die Politik, ob sie bereit ist, das Heft des Handelns entschlossen in die Hand zu nehmen. Wir haben ein umfassendes Konzept vorgelegt, in das die bereits vereinbarten Ziele (Millennium-Goals, 0,7 Prozent für Entwicklungshilfe etc.) integriert sind. Darüber hinaus schlagen wir vor, zur Finanzierung dieser und weitergehender

Ziele zusätzliche Mittel durch Abgaben auf globale Finanz- und Handelstransaktionen aufzubringen. Es geht dabei nicht nur um neues Geld, sondern auch um eine ordnungspolitische Entscheidung, dass auch dieser Teil der Wirtschaft wenigstens einen kleinen Beitrag für das Gemeinwohl zu leisten beginnt.

Endlich damit anfangen

Außerdem fordern wir, dass man damit beginnen soll, überall dort, wo internationale Handels-, Wirtschafts- oder Entwicklungsvereinbarungen getroffen werden, soziale und ökologische Mindeststandards einzubauen. Derzeit haben wir das Dilemma, dass es zwar gute Standards – etwa von der Int. Arbeitsorganisation ILO – gibt, dass sich aber dort, wo die wirklichen Zukunftsentscheidungen fallen, niemand darum schert – wie bei der Welt handelsorganisation WTO oder beim Int. Währungsfonds und der Weltbank. Wir fordern ein von der UNO koordiniertes Vorgehen nach einem ökosozialen Leitbild, in das alle globalen, regionalen und lokalen Akteure eingebunden sind. Damit das möglich wird, erwarte ich, dass sich vor allem die Europäische Union dafür einsetzt, geht es doch um das europäische Wirtschaftsmodell.

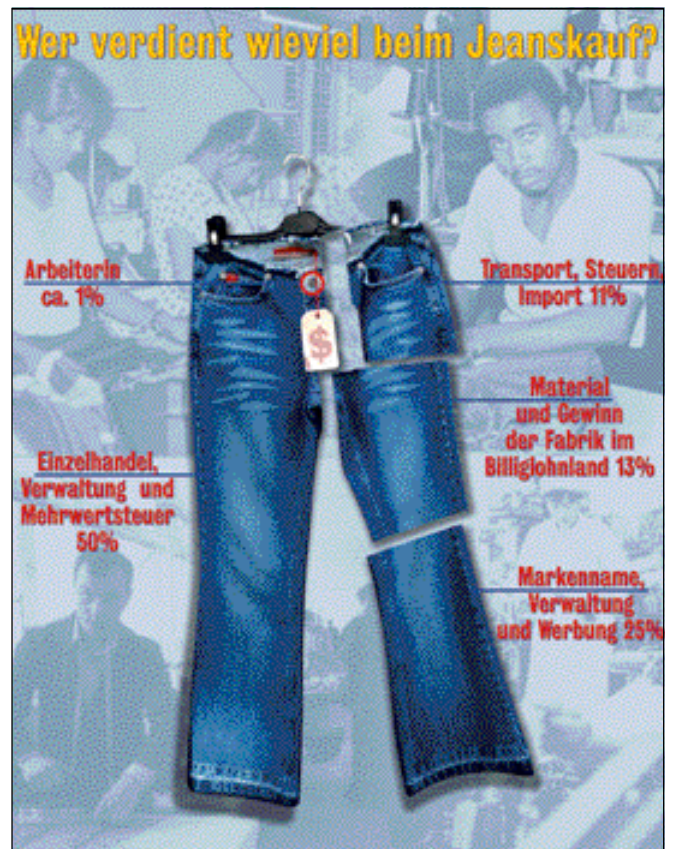
Es geht auch um die Zukunft Europas

Herr DI Riegler, glauben Sie, dass die EU tatsächlich die Kraft aufbringt, für eine ökosoziale Weltwirtschaft einzutreten, wenn sie sogar im eigenen Bereich mit Steuer- und Sozialdumping zu kämpfen hat?

Riegler: Ich hoffe doch, dass bei den Politikern in der EU allmählich der Groschen fällt – und wenn es sein muss durch Druck von unten. Denn eines zeichnet sich jetzt schon klar ab: Gegen die Wucht der ungezügelter Globalisierung kann auch die EU nur bestehen, wenn sie geschlossen und entschlossen Einfluss auf die weltweiten Akteure und Regeln zu nehmen versucht. Wenn die Politik diese Hausaufgaben nicht

macht und der Wirtschaft nicht klare weltweit geltende soziale und ökologische Rahmenbedingungen absteckt, werden auch alle Beschäftigungsprogramme in Europa nicht viel bringen.

Wenn die Gestalter der EU nicht bald die Einsicht und den Mut aufbringen, dass sie gemeinsam dem global agierenden Kapitalismus mit einem anderen Konzept entgegenzutreten müssen, werden sie die Union noch tiefer in die Krise stürzen und in den eigenen Ländern größte Probleme bekommen. Denn der Druck, den breite Kreise der Arbeiterschaft, der mittelständischen Wirtschaft und der Bauern verspüren, wird immer brutaler. Und da die Globalisierung etwas weitgehend An-



Ungleich verteilt. Das Plakat der Initiative „Clean Clothes“ macht deutlich, auf wessen Kosten die Weltwirtschaft agiert.

onymes ist, bekommen den Unmut – nicht ganz zu Unrecht – die „in Brüssel“ und die eigenen Regierungen zu spüren.

Man sieht ja bereits innerhalb der EU, wie sehr sich die Scheu, einen klaren wirtschaftlichen Kurs abzustecken, rächt. Es war ein kapitaler Fehler, bei der letzten Erweiterung keine gemeinsame Ordnungspolitik festgelegt zu haben. So haben wir heute einen Standortwettbewerb, der die Löhne

und die Sicherungen des Sozialstaates nach unten treibt.

Was sollte Österreich tun, das im ersten Halbjahr 2006 die EU-Präsidentschaft innehat?

Riegler: Ich hoffe mir, so wie das auch der Katholische Laienrat gefordert hat, dass die österreichische Regierung die Präsidentschaft nutzt, um den Global Marshall-Plan in allen zuständigen EU-Gremien eingehend zu diskutieren. Wenn die EU wieder an Vertrauen gewinnen will, dann muss sie Antworten auf die drängenden Fragen und Bedrohungen geben. Und da sollte gerade Österreich – gemeinsam mit anderen Ländern – auf eine klare ökosoziale Positionierung hinwirken. Daher schlagen wir von der Marshall-Plan-Initiative die Einrichtung eines EU-Beratungsgremiums vor, das klare Strategien für das gemeinsame Vorgehen der EU auf globaler Ebene entwickelt. In diese Richtung könnte die österreichische Präsidentschaft schon etwas weiterbringen, wenn sie wirklich will.



DI Josef Riegler, Mitinitiator des „Global Marshall-Plans“. Rupprecht

Interview: Hans Baumgartner